



-Berlin aktuell-

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten für Pforzheim und den Enzkreis

Gedenken an die Terroropfer von Berlin

Schweigeminute im Deutschen Bundestag

Der Bundestag hat der Opfer des Terroranschlags auf dem Berliner Breitscheidplatz gedacht, bei dem am 19. Dezember 12 Menschen ums Leben gekommen waren. An der Schweigeminute nahmen auch Bundespräsident Joachim Gauck und die gesamte Bundesregierung teil. Bundestagspräsident Norbert Lammert lobte in seiner Gedenkrede die bemerkenswert besonnene Reaktion der Bürger auf den Anschlag. Trotzdem fordert er, die Sicherheitsarchitektur in Deutschland zu überdenken.

Im Namen aller Parlamentarier richtete Lammert zuerst das Wort an die Angehörigen der Terroropfer und versicherte ihnen: „Wir teilen Ihre tiefe Trauer.“ – „Jeder von uns ist gemeint, jeder von uns ist betroffen“. Zugleich erinnerte der Bundestagspräsident auch an die Verletzten, Augenzeugen und nicht zuletzt die Hilfskräfte vor Ort. Viele von ihnen würden noch lange kämpfen müssen, um körperlich wie seelisch wieder ins Leben zurückzufinden.

Terror hat sein Ziel in Deutschland nicht erreicht

Trotz des unbegreiflichen Schmerzes über den Verlust von Menschenleben hätte der Terrorist sein Ziel in Berlin letztendlich verfehlt, erklärte Lammert. Denn: „Terror zielt darauf ab, demokratische Gesellschaften zu erschüttern, zu lähmen, zu destabilisieren. Dieses Ziel haben die Terroristen in Deutschland nicht erreicht“. Die besonnene Reaktion der Bevölkerung auf den Anschlag nannte Lammert bemerkenswert. Der Bundestagspräsident betonte jedoch, dass die bestehende Terrorgefahr zwangsläufig das eigene Leben verändere. Auch auf Grund des dadurch wachsenden Sicherheitsbedürfnisses in der Gesellschaft müsse der Staat seine Handlungsfähigkeit beweisen, sagte Lammert.

Sicherheitsarchitektur in Deutschland überdenken

Nach dem, was heute über den Attentäter Anis Amri bekannt ist, mahnte Lammert zudem, die Sicherheitsarchitektur in Deutschland zu überdenken. Amri war verschiedenen Sicherheitsbehörden als islamistischer Gefährder bekannt. Hier sei der Rechtsstaat nicht an sich selbst gescheitert, so Lammert, „vielmehr hat er seine Mittel nicht ausgeschöpft.“ Die Bürger verlangen zu Recht Schutz vor dem Terror. Bei der nun nötigen Debatte müsse darum gerungen werden, „wie wir die schwierige Balance zwischen Sicherheitsanspruch und Freiheitsversprechen halten wollen“.

Staat im Kampf gegen den Terror nicht überfordern

Lammert warnte in diesem Zusammenhang besonders davor, den Staat im Kampf gegen den Terror zu überfordern. Man solle nicht vortäuschen, „einem unkalkulierbarem Gegner mit scheinbar einfachen Mitteln begegnen zu können.“ Auch Länder, die keine Freiheit hätten oder diese stark einschränkten, böten keinen besseren Schutz. „Auch wo im Ausnahmezustand regiert wird, kann keine Sicherheit garantiert werden“, sagte Lammert mit Blick auf die Türkei.

Auseinandersetzung von Muslimen mit ihrem Glauben einfordern

Zudem müsse mit Nachdruck die Auseinandersetzung der Muslime mit ihrem Glauben eingefordert werden, wie dies teilweise auch schon geschehen sei. Lammert betonte weiter: „Wir bekämpfen nicht den Islam, sondern den Fanatismus.“ Terror sei auch nie religiös, sondern immer politisch. Terroristen wollten die Gesellschaft spalten. „Weil wir das nicht zulassen wollen und zugleich auch die Flüchtlinge schützen wollen, haben wir die doppelte Legitimation zu prüfen, wer zu uns kommt und wer bleiben darf“, so Lammert. ■

Einbruchdiebstahl wirksam bekämpfen.

Die Unionsfraktion hat einen Gesetzentwurf von Bundesminister Maas zur Bekämpfung des Einbruchdiebstahls gestoppt, weil er völlig ungenügend war. Wir wollen, dass der Einbruchdiebstahl künftig mit einer Mindeststrafe von einem Jahr bestraft wird und so die Einstellung von Verfahren schwerer wird. Zudem sollen die Strafermittlungsbehörden das Instrument der Telekommunikationsüberwachung (Abhören von Telefongesprächen) auch zur Aufklärung des Einbruchdiebstahls einsetzen können. Dies sah der Gesetzentwurf von Bundesminister Maas bisher nicht vor. Wir fordern nach wie vor von der SPD, ihren Widerstand gegen die Mindeststrafe von einem Jahr aufzugeben, und werden dies notfalls auch im Wahlkampf öffentlich diskutieren. ■

Tajani wird ein besserer EP-Präsident

Das Europäische Parlament hat den Kandidaten der Europäischen Volkspartei (EVP), den Italiener Antonio Tajani, zu seinem neuen Präsidenten gewählt. Als langjähriges Mitglied des Europäischen Parlaments, dessen Vizepräsident er war, und als ehemaliger EU-Kommissar bringt er die nötige Erfahrung für dieses wichtige Amt mit. Wie er selbst angekündigt hat, wird er vor allem die parlamentarische Arbeit und weniger sich selbst in den Mittelpunkt der Öffentlichkeit rücken. Das Europäische Parlament bekommt somit einen besseren Präsidenten als sein Vorgänger es war. Der Wahl vorausgegangen war die Aufkündigung der üblichen fraktionsübergreifenden Zusammenarbeit in Personalfragen durch die sozialistische S&D-Fraktion. Durch diesen Wortbruch von Seiten des scheidenden Präsidenten Schulz kam es zu einer im Europäischen Parlament ungewöhnlichen Stichwahl im vierten Wahlgang. Die sozialistische Fraktion klammerte sich mit aller Macht an das Amt des Parlamentspräsidenten und wollte ihren Kandidaten mit Hilfe von Kommunisten durchsetzen. Dagegen ist es EVP-Fraktionschef Manfred Weber gelungen, eine bürgerliche Mehrheit hinter Antonio Tajani zu versammeln. Die Aufkündigung der langjährigen Zusammenarbeit mit der politischen Mitte des Europäischen Parlaments ist ein Signal für einen Richtungswechsel der Sozialisten. Auf europäischer Ebene praktizieren sie also bereits Rot-Rot-Grün. ■

Deutsches Wirtschaftswachstum auf Vierjahreshoch

Die deutsche Wirtschaft ist im vergangenen Jahr mit einem Plus von 1,9 % im Vergleich zum Vorjahr so

stark gewachsen wie zuletzt im Jahr 2011. Damit zeigte sich die konjunkturelle Lage wie schon in der Vergangenheit äußerst solide. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte, trugen vor allem die privaten Konsumausgaben mit einem preisbereinigten Zuwachs von 2,0 % zur positiven Entwicklung bei. Die staatlichen Konsumausgaben stiegen im Vergleich mit + 4,2 % sogar noch stärker an. Als weitere Stütze des deutschen Wirtschaftswachstums erwies sich die Investitionstätigkeit. Die preisbereinigten Bauinvestitionen legten im Jahr 2016 um 3,1 % zu. Dies führte neben mehr Wohnraum auch zur Belebung des Baugewerbes, das gemeinsam mit allen anderen Wirtschaftsbereichen besonders positiv zur Bruttowertschöpfung beitrug. Die gute konjunkturelle Lage wirkte sich auch erfreulich auf den Arbeitsmarkt aus, wo mit 43,5 Millionen der höchste Stand von Erwerbstätigen seit 1991 gemessen werden konnte. ■

Schwerkranke Menschen können künftig Cannabis auf Rezept bekommen

Der Bundestag hat am Donnerstag ein Gesetz beschlossen, das Ärzten die Verordnung von Cannabis-Produkten für schwerstkranke und sterbende Menschen erlaubt. Eine Vielzahl von Patienten leidet unter schwerwiegenden Erkrankungen, für die es bislang keine wirksame Schmerztherapie gibt. Ähnliches gilt für sterbende Patienten. Wir wollen, dass die Schmerzen dieser Menschen gelindert werden können. Deshalb ermöglichen wir die Verordnung von Cannabis auf Krankenkassenkosten und machen dazu klare Vorgaben zur Verordnungs- und Erstattungsfähigkeit der Cannabisprodukte. Ärzte können diese Produkte künftig im begründeten Einzelfall verordnen. In diesem Zusammenhang ist auch wichtig, dass Krankenkassen die Kostenübernahme nur in begründeten Ausnahmefällen ablehnen dürfen. Im besonders sensiblen Bereich der Palliativ- und Hospizversorgung müssen die Kassen sogar innerhalb von drei Tagen über eine Genehmigung entscheiden.

Für das Management richtet das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) die sogenannte Cannabis-Agentur ein. Die Agentur schreibt den geschätzten Bedarf an Medizinalhanf aus. Sie schließt die Verträge mit den Produzenten ab, die den Hanf nur unter streng kontrollierten Rahmenbedingungen anbauen dürfen, damit eine gleichbleibende Qualität garantiert wird. Die komplette Ernte wird schließlich von der Agentur aufgekauft. ■